

Mündliche Anfragen

zur 39. Fragestunde

in der 147. Plenarsitzung vom 17. Dezember 2015

1. Anfrage der Abg.
Bettina Meier-Augenstein
CDU

Eingang: 10. 12. 2015

Ganztagsgrundschule

- a) Inwieweit wird aus Sicht des Kultusministeriums die Umstellung auf eine Ganztagsgrundschule (Oberwaldschule) bei gleichzeitiger Schließung bzw. bei Auslaufen eines Schülerhorts (Schülerhort Grazer Straße) in Karlsruhe-Durlach der Wahlfreiheit zwischen einer Ganztagsbetreuung und einem ergänzenden Betreuungsangebot gerecht?
- b) Wurde nach Kenntnis der Landesregierung im Vorfeld der Umstellung auf das Ganztagsangebot nach Landeskonzept und der beschlossenen Schließung bzw. dem Auslaufen des Schülerhorts in der Grazer Straße in Karlsruhe-Durlach eine Bedarfsabfrage seitens der Stadt durchgeführt, die die Notwendigkeit des Beschlusses zur Schließung des Horts untermauert?

2. Anfrage des Abg.
Ulrich Müller CDU

Eingang: 10. 12. 2015

Mehr Behördenkooperation in der Flüchtlingsproblematik und ein Universaldokument für Flüchtlinge

- a) Ist die Landesregierung seit der Beantwortung des Antrags Drucksache 15/6909 vom 20. Mai 2015 angesichts des Asylpakets II und unverändert großer Abstimmungsprobleme und Doppelarbeit unter den Behörden sowie einer permanent weiter steigenden Zahl von Flüchtlingen mittlerweile zu der Erkenntnis gelangt, dass die in dem Antrag erfragten Verbesserungen immer dringender werden und insofern eine neue Bewertung und eigene Maßnahmen nötig sind?
- b) Ist die Landesregierung bereit, sofern sie noch immer an dem Einwand von Datenschutzgründen gegen eine zentrale Datenerfassung beim einzelnen Flüchtling und Datenaustausch zwischen den Behörden festhält, dazu beizutragen, das Datenschutzrecht über den Bundesrat zu ändern sowie jede erforderliche Maßnahme zu ergreifen – auch im Zusammenwirken mit den Bundesbehörden – um Zahl, Identität, Aufenthaltsort und alle für eine gegebenenfalls anzustrebende Integration nötigen persönlichen Eigenschaften zu erfassen, zu dokumentieren und an die zuständigen Behörden weiterzuleiten?

3. Anfrage der Abg.
Sabine Kurtz CDU
- Eingang: 11. 12. 2015
- Schauspielhaus Stuttgart: Frühzeitige Vertragsverlängerung der Intendanz**
- a) Was hat die Landesregierung dazu bewogen, den bis 2018 laufenden Vertrag der Intendanz am Schauspielhaus Stuttgart bereits jetzt zu verlängern?
- b) Wie bewertet die Landesregierung die Entwicklung der Zuschauerzahlen in der ersten und in der zweiten Inszenierungsperiode?
4. Anfrage des Abg.
Claus Paal CDU
- Eingang: 11. 12. 2015
- Ingenieurgesetz**
- a) Ist der Landesregierung bekannt, wie die Ingenieurkammer Baden-Württemberg die Anerkennung ausländischer Abschlüsse in der Praxis umsetzen will bzw. ob bereits ein Konzept der Kammer vorliegt?
- b) Kann die Landesregierung ausschließen, dass durch die Übertragung hoheitlicher Aufgaben wie der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen in einem weiteren Schritt eine verpflichtende Mitgliedschaft der Ingenieurbereife in der Kammer eingeführt werden soll?
5. Anfrage des Abg.
Dr. Friedrich Bullinger
FDP/DVP
- Eingang: 11. 12. 2015
- Erhöhung des Budgets für die Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen im Rahmen des Hochschulfinanzierungsvertrags**
- a) In welchem Umfang ist die in der Pressemitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 17. November 2014 geäußerte Zielsetzung der Landesregierung erfüllt, dass die im Rahmen des Hochschulfinanzierungsvertrags den Musikhochschulen zur Verfügung gestellten zusätzlichen 28 Millionen € u. a. auch der Erhöhung des jeweiligen Budgets für die Lehrbeauftragten zugutekommen sollen?
- b) Wie stellt die Landesregierung sicher, dass die Zusage der Landesregierung, die Budgets für die Lehrbeauftragten zu erhöhen, umgesetzt wird?
6. Anfrage des Abg.
Dr. Friedrich Bullinger
FDP/DVP
- Eingang: 11. 12. 2015
- Mittel des Landes für Erhalt, Sanierung und Ausbau von Landes- und Kreisstraßen im Landkreis Schwäbisch Hall, im Hohenlohekreis und im Main-Tauber-Kreis in den Jahren 2005 bis 2015**
- a) In welchem Umfang wurden im Zeitraum 2005 bis 2015 im Landkreis Schwäbisch Hall, im Hohenlohekreis und im Main-Tauber-Kreis jeweils jährlich Mittel für den Landesstraßenbau bzw. Mittelzuweisungen zur Förderung des kommunalen Straßenbaus zur Verfügung gestellt?
- b) Hält die Landesregierung die Kriterien für die Berechnung und damit Priorisierung der förderfähigen Straßenbaumaßnahmen für die ländlichen Räume gegenüber der Gesamtförderung des Verkehrs in Ballungsgebieten, wo S-Bahnen und der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) massiv subventioniert werden, für zukunftsweisend?